

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896**

258 (3.11.1896) I. Blatt



**Ausgabe**  
Wöchentlich zwei mal.  
Abonnementspreis:  
Vierteljährlich:  
Inhaltsverzeichnis  
für bezogen: 2 Mark 50 Pf.,  
in das Haus gebracht: 2  
Mark 80 Pf., durch die Post  
ohne Postgebühr 2 Mark  
50 Pf. Vorauszahlung.

# Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Hirschstraße 3.

Telephonanschluß Nr. 401.

**Anzeigegebühren:**  
Die 1/2spaltige Kolonelle  
oder deren Raum 20 Pf.,  
im Restamentseite 60 Pf.  
**Bemerkungen:**  
Unbenützte Stellen  
werden nicht aufbe-  
halten und können nachträglich  
sonstige Honorar-Ansprüche  
Berücksichtigung finden.

Nr. 258. I. Blatt.

Karlsruhe, Dienstag, den 3. November

1896

## Einladung.

Abonnements auf die täglich 2mal erscheinende  
„Badische Landeszeitung“  
mit täglichem Unterhaltungsblatt  
werden für die Monate November und Dezember bei  
sämtlichen Postämtern entgegengenommen.

In Karlsruhe kann man auf unserem Kontor (Hirsch-  
straße 9), bei unseren Agenturen und bei unseren Trägerinnen das  
Abonnement annehmen.

Der Abonnementspreis beträgt für Karlsruhe für zwei  
Monate, durch eine Agentur bezogen: 1 M. 70 Pf., in das Haus  
gebracht 1 M. 90 Pf., durch die Post (ohne Zustellgeb.) 1 M.  
70 Pf. bei Vorauszahlung.

Verlag der Bad. Landesztg.

## Die Antwort Bismarcks

auf die Erklärung des Reichstages hat folgenden Wortlaut:  
„Wir beabsichtigen nicht, in eine Polemik mit der Redaktion  
des „Reichstages“ auch in ihrem außeramtlichen Teile einzutreten,  
sind aber doch genötigt, gegen einige Sätze ihres Artikels Ver-  
wahrung einzulegen.“

Einmal geben wir nicht zu, daß diplomatische Vorgänge der in  
Mede stehenden Art zu den strengsten Staatsgeheimnissen  
gehören. Die besprochenen russisch-deutschen Verhandlungen ge-  
hören der Geschichte an und den Archiven; ihre Geheimhaltung  
war für uns wie für den Dreieund von Hause aus kein Bedürf-  
nis, sie erfolgte lediglich auf russischen Wunsch, und die  
Situation, auf welcher dieser Wunsch damals beruhte, besteht heute  
nicht mehr. Im deutschen Interesse hätte unserer An-  
sicht nach die volle Veröffentlichung gelegen, da der ganzen  
Sache für uns nicht etwa ein Pundchen zu Grunde liegt, sondern  
ein berechtigter Anlaß für alle friedliebenden Angehörigen des  
Reiches, wie des Dreieunds, mit Genugthuung auf den Vorgang  
zurückzublicken. Staatsmänner, die den Frieden überhaupt pflegen  
wollen, die sich die Schwere der Verantwortlichkeit stets vor  
Augen halten, welche die Schuld an einem Kriege der größten euro-  
päischen Mächte untereinander mit sich bringen würde, sind sich der  
Pflicht bewußt, jedes sich ihnen bietende Mittel zur  
Erhaltung des Friedens, welches mit den Interessen  
des eigenen Landes verträglich ist, auch anzuwenden  
und zu vertreten. Die Behauptung, daß das 1890 abgelaufene  
deutsch-russische Abkommen mit der Freue gegen den Dreieund  
nicht verträglich wäre, ist vollständig aus der Luft gegriffen für  
jeden, der es kennt und der die Dreieundverträge auch nur ober-  
flächlich liest. Schon dieser Satz macht der österreichisch-ungarischen  
Monarchie in Bezug auf etwaige neue deutsch-französische Ver-  
bindungen die Freiheit, sogar bei einem Angriffe Frankreichs auf  
Deutschland neutral zu bleiben, und niemanden ist es eingefallen,  
deshalb von einer Duplicität der österreichischen Stellung im  
Dreieunde zu sprechen. Auch wenn, wie man theoretisch  
bei aller praktischen Unwahrscheinlichkeit sich zurecht legen  
kann, Rußland vom Deutschen Reich unprovoziert angegriffen  
würde, so wäre aus dem Dreieundverträge eine Verpflichtung zur  
österreichischen Beteiligung, an dem deutschen Eroberungsstrategie  
gegen Rußland nicht herzuleiten. Der ganze Dreieund in corpore  
könnte, wenn Rußland dazu bereit wäre, mit letzterem ganz das-  
selbe Abkommen treffen, das bis 1890 zwischen Rußland und  
Deutschland bestand; es würde deshalb auf seinen Haupt-  
zweck, die gemeinsame Verteidigung gegen russische Angriffe, nicht  
zu verzichten brauchen und es würde gewiß allen Freunden des  
Friedens in Europa eine erhebliche Verhütung gewähren, wenn die  
drei verbündeten Regierungen der russischen gemeinsam ihre  
Neutralität für den Fall eines unprovozierten Angriffs auf Ruß-  
land zusagten. Wenn bei der russischen Regierung  
Neigung dazu vorauszusetzen wäre, so würde es sich  
unserer Ansicht nach empfehlen, noch heute denselben Ver-  
trag zu erneuern, dessen Fortsetzung im Jahre 1890 von uns  
abgelehnt wurde und dessen jegliches Bekanntwerden in so  
hohem Maße die sittliche Enttäuschung aller der-  
jenigen Parteien in der Presse erregt, welche vor 1890  
dem Reiche unfeindlich und kämpfend gegenüber standen, nach  
1890 aber sich für die Säulen desselben ausgaben.  
Wir finden bei dieser Sachlage die Behauptung, daß Staatsgeheim-  
nisse zum Nachtheile des Deutschen Reiches preisgegeben worden  
wären, unbegründet und werden in dem leider nicht mehr bestehen-  
den russischen Vertrage stets einen Beweis der Einsicht  
und der Gewissenhaftigkeit der Regierung Kaiser  
Wilhelms I. erblicken. Noch weniger können wir die  
Wendung des „Reichstages“ unbeanstandet lassen, in der er  
darüber verächtlich, Falsches zu berichten und Unvollständiges zu  
ergänzen. Letzteres würde der „Reichstages“ nur können, wenn er  
den Text des so heftig angefochtenen deutsch-russischen Vertrages  
vollständig veröffentlichte. Falsches aber ist in unseren Anfüh-  
rungen überhaupt nicht enthalten gewesen, und die Andeutung,  
als ob es wäre, würde uns wohl eine Verächtlichmachung, im nicht-  
amtlichen Teile des „Reichstages“ eine Verächtlichmachung im Sinne  
des § 11 des Preßgesetzes zu verlangen.“

Noch in zwei weiteren Nummern beschäftigen sich die „Hamb.  
Nachr.“ mit der Veröffentlichung des deutsch-russischen Abkommens.  
Der eine der beiden Artikel lautet:

„Wir sind von einer derartigen Blumenlese von Zeitungs-  
ausbrüchen über die Thatsache, daß bis 1890 unser  
Frieden gesichert gewesen ist, umgeben, daß wir unmöglich  
auf alle einzelnen Artikel reagieren können, und wir wundern uns  
auch nicht, bei vielen derselben das Gefühl zu haben, derselben  
Macht gegenüber zu stehen, gegen welche nach der Neuherstellung des  
sterbenden Talbot auch die Götter vergebens kämpfen. Aber  
warum Fürst Bismarck ein Bestreben gehabt haben soll, den von  
ihm allein geschaffenen Dreieund zu zerstören, dafür haben  
wir wirklich kein Verständnis. Es ist ja nicht neu und tam  
schon wiederholt vor als der Fürst im Amt war,  
daß er gegen die Auslegung kämpfte, welche, als ob der Dreieund  
eine Erwerbssgegenstand sei, deren Mitglieder sich ver-  
pflichtet hätten, auch einer jeden aggressiven Feindseligkeit der  
Bundesgenossen Heeresfolge zu leisten. Der Dreieund ist aber eine  
defensive Friedensgarantie und als solche von der deutschen  
Politik früher unbedingt aufgeföhrt worden; seiner Aufgabe, Europa den  
Frieden zu erhalten, wie er seit nun bald 17 Jahren mit Er-  
folg gelöst hat, wird er noch immer genach sein, auch wenn alle  
drei Mitglieder einzeln oder solidarisches sich auf ähnliche Rückver-  
sicherungen gegen Aggressivkriege einlassen wie diejenige, welche für  
Deutschland leider seit sechs Jahren abgelaufen ist und deren

Existenz der Regierung Kaiser Wilhelms I., unter der sie entstanden  
ist, jetzt so heftig zum Vorwurfe gemacht wird.“

Der andere Artikel, der auf die Beweggründe für die  
„Enthüllung“ eingeht, hat folgenden Wortlaut:

„Wunderlich erscheint uns die Aufregung, in welcher sich die  
Klerikalen und liberalen Blätter bis zur „National-  
Zeitung“ über eine Veröffentlichung befinden, von der wir nur  
bedauern, daß sie nicht früher erfolgt ist, und daß sie nicht,  
nachdem sie erfolgte, im nationalen Interesse mit all-  
gemeiner Genugthuung aufgenommen ist. Wir können  
das Uebermaß der liberalen und klerikalen Entrüstung uns aus der  
Sache selbst nicht erklären. Letztere ist in sich vernünftig, berech-  
tigt und nützlich; außerdem sind wir, so lange wir die Gesetze  
nicht verletzen, niemanden für den Gebrauch verantwortlich, den  
wir von unserer versöhnungsmäßigen Freiheit, unsere Ansicht durch  
Wort und Schrift auszuspochen, gemacht haben.“

Die wohlwollendsten Kritiker beschränken sich darauf, unsere  
faktischen Angaben für unwahrscheinlich zu halten, wie das ja auch  
der bekannte Artikel im „Reichstages“ thut, indem er darauf  
„verichtet, Falsches zu widerlegen.“ Um die Glaubwürdigkeit  
unserer Angaben zu erschüttern, oder doch die Ehrlichkeit des ersten  
Reichstages anzufechten, wird das — vom diplomatischen Stand-  
punkt betrachtet — doch vollständig banausische Argument ins Ge-  
setzt geführt, daß die Haltung der deutschen Regierung im Parla-  
ment und in den Reden des damaligen Kanzlers eine Un-  
möglichkeit gewesen sei, wenn sie „in ihrem Schubfach“, wie  
ein Blatt sagt, eine Sicherheit gegen russische Angriffe im Falle  
eines französischen Krieges besessen hätte. Daß diese Sicher-  
heit auf 6 Jahre vorhanden war, erscheint uns  
als ein glänzender Erfolg der deutschen Staats-  
kunst, den man loben, aber nicht schmäheln sollte;  
aber über die Dauer hinaus, auf welche man Verträge der Art zu  
schließen pflegt, auf unbestimmte Zeit eine solche Sicherheit zu er-  
langen, lag außerhalb der obwaltenden Möglichkeiten. Wenn der  
vorhandene Vertrag 1890 nicht die beiderseitige Bereitwilligkeit zur  
Fortsetzung fand, so trat doch immer wieder das si vis pacem, para-  
bellum in sein Recht und sowohl die Erhaltung des Friedens als  
eventuell auch die Erneuerung des Vertrages hatte um so mehr  
Ausicht auf Erfolg, je fester das Deutsche Reich in etwaige  
Kriege eintreten konnte. Große Arme-Einrichtungen lassen sich  
aber nicht plötzlich improvisieren, wenn das Bedürfnis dafür ein-  
tritt, und der Reichstages hat 1888 nur seine Pflicht gethan,  
wenn er beim Reichstages die militärischen Vorschläge für die  
Erhaltung des Friedens nachsah, auf die man sich ver-  
lassen mußte, wenn die Verträge verfielen.“

Daß die Fühlung mit Rußland durch den Abschluß des Dreie-  
unds, wie die „Nationalzeitung“ sagt, allen Wert verloren hat,  
können wir nicht zugeben, und wir glauben auch nicht, daß diese  
Aufsicht von unsern beiden Bundesgenossen im Dreie-  
unde unbedingt geteilt wird. Denselben war die Rück-  
versicherung mit Rußland nicht unbekannt und  
schwerlich unerwünscht; im Gegenteile, man hat mit Ver-  
friedigung gesehen, daß Deutschland die Beziehungen, die es  
mit Petersburg unterhielt, jederzeit benutzte, um Vermittlungen  
zwischen beiden benachbarten Kaiserreichen zu vermitteln, resp. beizule-  
gen. Unsere Bundesgenossen werden zwar das Vertrauen gehabt  
haben, daß der Dreieund einen Krieg nach zwei Seiten hin werde  
bestehen können, aber im Interesse des Friedens wird es ihnen  
doch lieber sein, wenn ein Krieg, der von allen kontinentalen  
Mächten die ungeheuerlichen Opfer an Blut, Geld und  
Vermögen fordern würde, überhaupt vermieden werden kann.  
Düchten die beteiligten Regierungen anders, so würden sie  
schon unter Kaiser Wilhelms I. die russischen Beziehungen Deutsch-  
lands zum Gegenstande von Besprechungen gemacht haben. Es ist  
dies niemals der Fall gewesen, obwohl ihnen die Pflege der  
politischen Beziehungen zu Rußland, wie sie von  
Berlin aus trotz aller Haltungen und Bärenma-  
regeln niemals unterblieben ist, und selbst die jetzt  
verschrieenen Abkommen nicht fremd waren. Wir  
glauben, die aufgeregten Blätter in der Presse zerbrechen sich ohne  
Not den Kopf der zum Dreieunde verbundenen Regierungen.“

Wir sind zu der ganzen Besprechung dieser Verhältnisse  
außer anderen Zwecken, über die wir niemandem  
Anstunfts schuldig sind, äußerlich durch die fort-  
gesetzte Geschichtsfälschung veranlaßt worden, die  
von der klerikal-liberalen Presse nicht ohne Beihilfe der  
offiziellen in der Richtung betrieben wird, die Regierung  
Kaiser Wilhelms I. und seines Kanzlers mehrheitlich für alle  
Uebel verantwortlich zu machen, über die jetzt nach verschiedenen  
Seiten hin gellagt wird, namentlich aber für den Abbruch der  
früheren günstigen Beziehungen zu Rußland, der die europäische  
Stellung des Deutschen Reiches sicher nicht befestigt. Wir haben  
deshalb die uns mitgeteilte Thatsache an die Öffentlichkeit gebracht,  
daß dieser Abbruch erst unter der Regierung des zweiten Kanzlers  
und durch die ungewollte Zurückweisung des russischen An-  
suchens um Fortsetzung des bisherigen Verhältnisses herbeigeföhrt  
wurde. Gegen diesen altenmännigen Beweis, daß der Bruch des  
russischen „Trabtes“ unter Caprivi stattfand, kann die unechte  
Verleumdung der deutschen Politik unter Kaiser Wilhelms I.  
nicht Stich halten. Wir hätten es richtiger gefunden, wenn von  
amtlicher Seite, ebenso wie früher bei Gelegenheit der Fälschung  
der „Enser Depesche“, eine angemessene Klarstellung  
der Wahrheit stattgefunden hätte, und möchten dieselbe noch  
heute empfehlen.“

Wir glauben, daß Verleumdungen der Politik Kaiser Wil-  
helms I. und seines Kanzlers überhaupt nicht zu den Aufgaben der  
Nachfolger des letzteren gehören und wenn die Wirksamkeit des  
ersten Kanzlers und des ersten Kanzlers als ein integrierender Be-  
standteil der preussisch-deutschen Entwicklung seitens der offiziellen  
Presse — wenn die amtliche dazu den Entschluß nicht finden  
konnte — jemals eine Verächtlichmachung gegen sozialdemokratische, klerikale  
und fortschrittliche ungeredete Angriffe gesunden hätte, so wür-  
den wir unsereits gern unterlassen haben, uns mit der Vertretung  
der Ehrlichkeit und der Gerechtigkeit gegen diese Verleumdungen  
zu belasten. Wir glauben, daß auch der frühere Reichskanzler  
nicht für nötig gehalten haben würde, sich Deputationen und Publi-  
zisten gegenüber politisch auszusprechen, wenn sich in der offi-  
ziellen oder amtlichen Presse der letzten sechs  
Jahre irgend eine Notiz finden ließe, welche  
eine wohlwollende Erinnerung an die Zeit Kaiser  
Wilhelms I. zum Ausdruck gebracht hätte, und daß er  
dem gegenüber alle übelwollenden Insinuationen ruhig in den  
Raum genommen haben würde. Es gibt gewiß eine erhebliche  
Anzahl adäquater Blätter, die gleich uns der Vergangenheit gerecht  
werden, aber offiziöse und inspierte sind nicht darunter; in denen  
dauert der Caprivismus auch nach Ausscheiden seines Begründers  
ungeföhrt fort. Sobald Fürst Bismarck und die ihm be-

freundeten Blätter dagegen reagieren, heißt es immer: „Ja Bauer,  
das ist ganz was anderes; ihr habt keine Pressfreiheit, die haben  
wir!“ und dem Fürsten wird seine staatsbürgerliche Berechti-  
gung zur freien Meinungsäußerung, selbst so weit er defensiv da-  
von Gebrauch macht, bestritten. Als ob sie dadurch ver-  
schonter gegangen wäre, daß ihr Inhaber ein Men-  
schenalter hindurch sachkundig an der Staats-  
maschine mitgearbeitet hat!“

Der Wiener „N. Fr. Pr.“ werden über die Gründe, welche  
den Fürsten Bismarck veranlaßt haben könnten, zur Ver-  
öffentlichung des deutsch-russischen Neutralitäts-  
Vertrages zu schreiben, „von unterrichteter Seite“ nach-  
folgende Betrachtungen zur Verfügung gestellt:

Zu der Presse wird vielfach die Frage erörtert, was den  
Fürsten Bismarck veranlaßt haben könnte, gerade jetzt die Ent-  
hüllungen über den deutsch-russischen Neutralitäts-Vertrag machen  
zu lassen. Wir glauben, daß sich die Antwort bei reiflicher Ueber-  
legung und genauerer Prüfung des Artikels in den „Hamburger  
Nachrichten“ von selbst ergibt.

Wir fassen zunächst das persönliche Moment in's Auge.  
Gegenüber den Vorgängen beim Zarenbesuche in Fran-  
reich war von verschiedenen Seiten der Vorwurf gegen den Fürsten  
Bismarck erhoben worden, daß er der eigentliche Verdrerber  
der deutschen Beziehungen zu Rußland gewesen sei  
und daß es mithin seine Schuld wäre, wenn jetzt Europa unter  
dem Druck des russisch-französischen Einvernehmens zu leiden habe.  
Diese Beschuldigung widerpricht zwar ebenso flagrant der histo-  
rischen Wahrheit wie den Auffassungen, Neigungen und Bestrebungen,  
die Fürst Bismarck in Bezug auf Rußland stets vertreten hat,  
das hat aber nicht gehindert, daß wiederholt versucht worden  
ist, die Materie pecunia in den deutsch-russischen Beziehungen  
auf seine Schultern abzuwälzen. Die Stellung, welche Fürst  
Bismarck in der Weltgeschichte einnimmt, und der Ruf, den  
er als Staatsmann besitzt, würden vielleicht auch ohne sein Zutun  
verhindert haben, daß die Ungeschicklichkeit, die im Jahre 1890 zur  
Zerstörung der Beziehungen zu Rußland geführt hat, von der Ge-  
schichtsforschung auf sein Konto gesetzt worden wäre, und mit  
Wichtigkeit darauf würde Fürst Bismarck vielleicht für jetzt darauf  
verzichtet haben, durch die Veröffentlichung in den „Hamb. Nachr.“  
und ihre Erweiterung in der „N. Fr. Pr.“ die wahren Schül-  
digen an der Entfremdung mit Rußland und an der russisch-  
französischen „Union“ zu bezeichnen, wenn ihn nicht politische  
Erwägungen aktueller Natur den Verzicht darauf  
mit den Interessen Deutschlands unvereinbar  
hätten erscheinen lassen.

Diese Erwägungen dürften ihren Ausgangspunkt in der Be-  
sichtigung haben, daß eine Wiederholung des Zerfalls  
von 1890 in anderer Form nicht außerhalb des  
Bereiches der Möglichkeit liege. Die Beziehungen des  
Deutschen Reiches zu Rußland sind zur Zeit gut, aber eine wieder-  
holte Verschlechterung derselben, die für Deutschland sehr nachteilige  
Folgen haben könnte, erscheint aus verschiedenen Gründen doch  
nicht zweifellos ausgeschlossen. Sie würde zum Beispiel sicher ein-  
treten, wenn es den starken Bemühungen, die, wie wir anzunehmen  
Grund haben, jetzt im Gegensatz zu dem Tone, den die englische  
Presse gegen Deutschland öffentlich anschlößt, von England aus in  
Berlin stattfinden, um Deutschland zu veranlassen, seine jegige  
Unterstützung der russischen Politik zu Gunsten einer  
abermöglichen Annäherung an England auf-  
zugeben, gelänge, ihr Ziel zu erreichen. Fürst Bismarck hat  
oft genug nachgewiesen, respektive nachzuweisen lassen, für wie ge-  
fährlich er es hält, wenn die deutsche Politik eine Richtung ein-  
schlägt oder in den Augen der russischen Diplomatie auch nur einzug-  
schlagen scheint, die auf eine Begünstigung der englischen Interessen  
im Orient gegen die russischen hinausläuft. Diese Gefährlich-  
keit würde jetzt, nachdem Deutschland mit Erfolg bemüht gewesen  
ist, das in den Jahren 1890 und 1891 hervorgerufene Peters-  
burger Mißtrauen durch diplomatische Kooperationen mit Rußland  
zu beseitigen, sich bei einem etwaigen Rückfalle Deutschlands in  
die Koalition gegen England so erheblich steigern, daß die  
Franzosen wahrscheinlich wirklich das erreichten, was sie bis  
jetzt noch nicht haben erlangen können: ein Bündnis mit  
Rußland, dessen Wirksamkeit gegen Deutschland dann nur  
noch eine Frage der Zeit und der Umstände sein würde. Bei  
dieser Sachlage und gegenüber den rastlosen Bemühungen, die von  
englischer Seite aus, unter gleichzeitigen Druck auf Italien in  
Berlin zur Wiederherstellung der anglophilen Richtung erfolgen,  
welche die Politik der Wilhelmstraße zu Anfang dieses Jahrzehnts  
charakterisierte, wäre es doch nur begreiflich und sehr patriotisch  
von Fürsten Bismarck gewesen, wenn er nach gemachten Erfah-  
rungen das Bedürfnis empfunden haben sollte, durch seine Ver-  
öffentlichung der Gefahr vorzubeugen, daß der alte Fehler wieder-  
holt werde und die Engländer ihr Spiel gegen Rußland auf  
deutsche Kosten gewinnen könnten.

Zur Vervollständigung der Einsicht in die Motive, welche den  
Fürsten Bismarck bei seinen Veröffentlichungen geleitet haben könn-  
ten, möge schließlich noch der Hinweis darauf dienen, daß dadurch  
den Franzosen klar vor Augen geführt ist, wie wenig sie  
ihre jetzigen Verhältnisse zu Rußland sich selbst und  
der werdenden Kraft ihrer Revanche-Ideen zuz-  
schreiben haben, als vielmehr den Fehlern, die die Deut-  
schland nach Verabschiedung des Fürsten Bismarck in der Behand-  
lung Rußlands gemacht hatte. Wir glauben, daß diese Belehrung  
in wünschenswerter Weise ernüchternd und abkühlend auf  
die Franzosen einwirken, ihre Erwartungen bezüglich Rußlands  
herabstimmen und damit die Friedenssicherheiten in  
Europa erhöhen wird.

Diese Ausführungen dürften ausreichen, der Beschuldigung  
jeden Boden zu entziehen, daß Fürst Bismarck aus Haß gegen den  
Grafen Caprivi, und um diesen als politischen Analphabiten hin-  
zustellen, gewirkt habe. Zu einer solchen Anstrengung gegen seinen  
Nachfolger lag auch kein Grund vor, dazu ist Graf Caprivi nicht  
tanti, und Fürst Bismarck wird der Letzte gewesen  
sein, der in dem vormaligen Kommandeur des  
sechsten Armeekorps den geistigen Urheber der Ab-  
sage an Rußland vom Jahre 1890 erblickt. Damit er-  
leuchtet es sich auch, wenn jetzt in anti-bismarck'schen Organen gegen-  
über den Veröffentlichungen in den „Hamburger Nachrichten“ und  
der „Neuen Freien Presse“ gesagt wird: Zur Zeit des Grafen  
Caprivi mochten ähnliche Artikel als berechtigte Warnungen, die  
Verhältnisse zu Rußland sich nicht ohne Not verschlechtern zu  
lassen, aufzufassen sein, dem Fürsten Bismarck gegenüber aber be-  
dürfte es derartiger Mahnungen nicht.“

Nom. 31. Okt. Die „Opinione“ sagt in einer Bespre-  
chung der „Enthüllungen“ der „Hamburger Nachrichten“: „Juden



Deutschland ein Abkommen mit Rußland abzuschließen strebte (wie man versichert, daß es gethan hat), war es für seine eigenen Ziele und seine eigene Sicherheit thätig, wodurch nicht ausgeschlossen ist, daß es auch dem Dreibunde einen Dienst erwies, indem es die Kriegsgefahr immer mehr entfernte. Wir haben daher keinen Anlaß, uns über die „Enthüllungen“ zu beklagen, da der Dreibund vor allen Dingen den Frieden bezweckte und ihn um so besser sichert, je herzlicher die Beziehungen der verbündeten Staaten zu anderen Mächten sind. Die Mitteilungen der „Hamb. Nachr.“ und die daran sich anschließende Polemik bildet zugleich einen leuchtenden Beweis nicht allein der inneren Vortrefflichkeit, sondern auch der Loyalität der vom Ministerpräsidenten di Rudini besändig verfolgten auswärtigen Politik. Jene Mitteilungen beweisen, daß die gegenwärtige Regierung Italiens nicht unrecht hatte, und nicht unrecht hat, indem sie die Beziehungen Italiens zu Frankreich und Rußland zu bessern strebt. Indem sie so handelt, that sie nicht mehr und nicht weniger als Deutschland und Oesterreich gethan haben und wie es der durchaus friedliche Charakter des Dreibundes erklärt.

Rom, 31. Okt. Der Abgeordnete Torracca spricht sich im „Corriere della Sera“ über die Bismarck-Enthüllungen aus und nimmt den Fürsten Bismarck gegen den Vorwurf des Doppelspiels in Schutz. Die Abmachung mit Rußland sei dem Geiste des Dreibund-Vertrages nicht entgegen gewesen. Auffallend unklar sei, weshalb Caprivi, das heißt der Kaiser, die russische Politik Bismarcks geändert und so das Entstehen des Dreibundes ermöglicht habe. Italien sei unter Bismarck von wenig Bedeutung im Dreibund gewesen; nach Schaffung des Zweibundes aber bilde es ein wesentliches lebendes Element. Der Artikel ist — so betont der hiesige Korrespondent der „Zeit. Ztg.“ — bedeutsam, weil Torracca als Sprachrohr der Regierung gilt.

### Kardinal Hohenlohe.

Rom, 30. Okt. Der Kardinal Hohenlohe, dessen unerwarteter Tod mit größerem Schmerze die Liberalen als die Jesuitisch-Klerikalen Kreise Italiens erfüllt, litt schon seit mehreren Jahren an einer Herzkrankheit, die sich durch die vielen Verrichtungen, die man ihm in letzter Zeit vom Vatikan aus zu leisten gab, tauf verschlimmerte und heute früh zu seinen Hinfcheiden das am meisten sympathischen unter allen Kardinalen geführt hat. Er kam schon als Jüngling nach Rom und erhielt hier seine geistliche Erziehung in der Accademia ecclesiastica degli nobili. Sein Name und seine hervorragende Begabung lenkten die Aufmerksamkeit Pius IX. auf den jungen Kleriker, der seinerseits mit dem ganzen Enthusiasmus der Jugend für den „liberalen“ Papst schwärmte. Denn damals, in den Jahren 1847 und 1848, zeigte Pius IX. Verständnis für die nationalen und freiheitlichen Bestrebungen der Italiener und berief den freigeistigen katholischen Philosophen Rosmini als seinen Ratgeber von Mailand nach Rom. An diesen ausgezeichneten Priester schloß sich auch der junge Hohenlohe an und blieb ihm bis an sein Lebensende in treuer Freundschaft verbunden. Als Pius IX. im Jahre 1849 vor der römischen Revolution nach Gaëta flüchtete, folgte ihm Hohenlohe nach dem neapolitanischen Fiesole und wurde hier vom Papste zum Priester geweiht. Pius IX., der an dem heiteren Charakter und fürsichtlichen Auftreten Hohenlohes ein besonderes Wohlgefallen hatte, überhäufte ihn mit Auszeichnungen. Im Jahre 1857 war Hohenlohe schon Erzbischof und 9 Jahre später erhielt der erst 43jährige den Kardinalspurpur.

Das gute Verhältnis zwischen Pius IX. und Kardinal Hohenlohe nahm aber ein Ende, als sich der letztere gegen das Unschicklichkeitsdogma erklärte. Seine römische Stellung wurde dadurch so schwierig, daß er nach Beendigung des vatikanischen Konzils auf einige Jahre nach Deutschland ging, und als ihn Fürst Bismarck im Jahre 1872 zum preussischen Gesandten am Vatikan ernannte, weigerte sich Pius IX., ihn zu empfangen. Der Papst pflegte damals vom Kardinal Hohenlohe zu sagen, daß an demselben nichts Gutes sei als die drei h. seines Namens. Im Italienischen ist bekanntlich das h. stumm und kommt überhaupt nur in wenigen Worten vor. Erst im Jahre 1876 kam eine äußerliche Aussöhnung zwischen dem Papste und Hohenlohe zu stande. Dieser lehrte nunmehr nach Rom zurück und ließ sich in Trivoli nieder, wo er die herrliche Villa d'Este erwarb.

Der jesuitischen Partei blieb Hohenlohe nach wie vor verhaßt, und dieselbe verstand es, ihn auch bei dem neuen Papste Leo XIII. in Mißkredit zu bringen, so daß ihm der Weg zu höheren Würden innerhalb des Kardinalkollegiums versperrt blieb. Für die vatikanische Intrigenpolitik war allerdings sein grader Charakter nicht geeignet. Er gefiel sich in der Rolle eines Beschützers der Besiegten und Unterdrückten und machte kein Geheiß aus seiner Freundschaft mit hervorragenden liberalen Männern, insbesondere mit Crispi. In dem Streite des Monsignore Amalfitano gegen Kardinal Dreglia wegen der bekannten Erbschleicher, die Dreglia begangen haben sollte, stellte sich Hohenlohe auf Seiten Amalfitanos und brachte ihn, der exkommuniziert worden war, schließlich wieder zur Ausöhnung mit der Kirche. Als vor einigen Jahren die Mailänder Liberalen dem Philosophen Rosmini, den die Jesuiten heute als Ketzer verdammen und dessen Bücher zum Teil auf dem Index stehen, ein Denkmal errichteten, war Kardinal Hohenlohe mutig genug, einen Beitrag zu spenden und sich bei der Enthüllung des Denkmals vertreten zu lassen, was die Unversöhnlichen in helle Wut brachte. Den bittersten Kelch aber mußte Hohenlohe trinken, als er sich vor etwa anderthalb Jahren unterfangen hatte, bei einem Bankett im Hause des Barons Blanc die Gesundheit seines Freundes Crispi auszubringen. Der Papst beschied ihn zu sich und sagte zu dem Kardinal, wie dieser später oft erzählt hat: „Eminenz, in Montefalco besitzt Monsignore Marzolini eine Villa, entfernt von dem politischen Getriebe der Hauptstadt. Wir empfehlen Ihnen, sich auf einige Tage dorthin zu begeben.“ „Ich wage Eure Heiligkeit daran zu erinnern“, erwiderte Hohenlohe, „daß ich ein Fürst der Kirche bin und nicht dieses allein.“ — „Sicherlich ist das der Fall, aber Eure Eminenz weiß, daß Wir die Kardinalen ernennen und daß Wir sie auch ihrer Würde verlustig erklären können.“ Hohenlohe mußte ein vollen Monat in Montefalco verbringen. Seinen Freunden gegenüber, die ihn häufig besuchten, klagte er damals mit großer Bekümmerniß über das mangelnde Verständnis des Vatikans für die Nützlichkeit einer Annäherung an den Staat und die leitenden Staatsmänner. Uebrigens hat sich der Vatikan im geeigneten Falle die zwischen Crispi und Hohenlohe bestehende Freundschaft gerne zu Nutzen gemacht und die oft überraschenden Konzeptionen, welche der Vatikan von Crispi erhielt — z. B. bei der Ernennung des neuen Patriarchen von Venedig —, waren der Vermittlung Hohenlohes zu danken.

Im Kardinalkollegium zählte der Verstorbene nur wenige Anhänger, aber dank seiner hohen Geburt, seines fleckenlosen Wandels, seines scharfen und unparteiischen Urteils besaß er Ansehen und Einfluß. Sein männlicher Stolz und seine Charakterfestigkeit waren den Italienern fast unverständlich. Statt sich auf die Intrigenpolitik und den Nepotismus einzulassen, die von der Verwaltung einer italienischen Diözese unzertrennlich sind, verzichtete er lieber auf die suburbanaische Diözese Albano, die ihm Leo XIII. im Jahre 1879 verliehen hatte — ein Vorgang, den man in Italien noch nie erlebt hatte. Trotz seiner 73 Jahre war Kardinal Hohenlohe eine häßliche Erscheinung. Seine hohe Gestalt, sein mildes, geistvolles Antlitz, sein vornehmes Auftreten, das in jedem Zuge den Angehörigen der höchsten aristokratischen Kreise verriet, machte ihn auch außerhalb zu einem Fürsten der Kirche wie geschaffen. Sein sehr unbegrenzter Wohlthätigkeit, die er insbesondere an notleidenden Kindern übte, ist seine Gütecharakteristik sehr gering,

um so größer aber die Achtung, Liebe und Verehrung für ihn, die ihn überdauert.

### Deutsches Reich.

\* Oesterrunde, 1. Nov. Die Eröffnungsfest des neuen Fischereihafens ist programmäßig verlaufen. Derselben wohnten die Minister Dr. v. Bötticher und Thiele, Oberpräsident v. Bennigsen und zahlreiche Ehrengäste bei.

### Ausland.

\* Rom, 1. Nov. Die „Italia“ erklärt das Gerücht von der Verlobung des Prinzen Victor Napoleon mit der Prinzessin Anna von Montenegro für unbegründet.

\* Belgrad, 1. Nov. König Alexander von Serbien wurde auf seiner Rückreise von Bukarest in Gurgjevo von einer Deputation im Namen des Fürsten Ferdinand von Bulgarien begrüßt. König Alexander beauftragte den serbischen diplomatischen Agenten in Sofia, Danisch, dem Fürsten Ferdinand für seine Aufmerksamkeit seinen Dank auszusprechen.

\* Athen, 1. Nov. In den meisten Städten des Königreichs wurden heute für die in Mazedonien getödeten Insurgenten Requiem abgehalten. In den Kirchen hörte eine zahlreiche Menge von Andächtigen unter allgemeiner Bewegung den Gebeten der Geistlichen zu. Es wurden an verschiedenen Orten patriotische Ansprachen gehalten und zahlreiche Kränze mit Inschriften niedergelegt. In einigen Städten wohnten die Behörden, Deputationen von Offizieren und die Professoren mit ihren Schülern den Feierlichkeiten bei.

### Amerika.

\* New-York, 1. Nov. Der gestrige Tag wurde überall im Lande von den Anhängern der Goldwährung als Feiertag begangen. Hier füllten Tausende von Menschen die Straßen, um den Aufzug zu sehen, welchen Banquiers und andere Finanzleute mit ihren Angestellten zu Gunsten des Kandidaten Mac Kinley veranstalteten. Man schätzte die Zahl der Teilnehmer an dem Aufzuge auf 125 000 bis 140 000. Die Teilnehmer trugen Nationalflaggen und gelbe Blumen. 125 Musikcorps spielten unter unbeschreiblichen Beifallstürmen die Nationalhymne. Die Straßen waren festlich geschmückt; die Begeisterung war groß.

\* Havana, 1. Nov. Hier tritt mit Bestimmtheit das Gerücht auf, der Führer der Aufständischen, Maceo, wolle sich unterwerfen.

### Baden und Nachbarländer.

\* Karlsruhe, 2. Nov. An der Spitze des Blattes geben wir heute eine Fülle von Material zur Beurteilung der Bismarck'schen Enthüllung. Der Raum unseres Blattes verbietet uns für heute, auf die zur Antwort Bismarcks schon vorliegenden Bestimmungen einzugehen; wir werden das nachholen. Zunächst wollen wir nur unserer großen Genugthuung darüber Ausdruck geben, daß alles, was jetzt in den „Hamb. Nachr.“, der „Neuen Freien Presse“ und in italienischen Blättern zur Reduzierung des Bismarck'schen Vorgehens beigebracht wird, uns in unserer von Anfang an eingenommenen Haltung, in dem unbedingten Vertrauen auf Bismarck's staatsmännischen Scharfblick wie auf seinen kraftvollen Patriotismus nur bestärken kann. Gar nicht scharf genug kann es verurteilt werden, daß liberale Blätter die „Köln. Ztg.“, „Nat. Ztg.“ u. s. w. mit den eingestrichelten Gegnern Bismarck's, den Demokraten, Freimüthigen und Ultramontanen Hand in Hand gehen in einer Frage, die von so hervorragender nationaler Bedeutung ist. Wir werden darauf zurückkommen.

\* Karlsruhe, 2. Nov. Dem „Mannh. Anz.“ wird aus Freiburg gemeldet: „Auf die Vorschlagsliste zur Erzbischofswahl wird das Domkapitel sicherem Vernehmen nach die Herren Weihbischof Dr. Knecht, Domkapitular Dr. Theodor Dreher und Universitätsprofessor Dr. Paul Keppeler setzen. Das schließt nicht aus, daß außerdem auch noch andere Persönlichkeiten in Betracht kommen.“ Das letztere darf man nicht nur als wahrscheinlich, sondern als sicher annehmen. Die Auffassung, daß die Regierung wenigstens 3 Kandidaten stellen lassen mußte, wie das die ultramontane Presse verlangt, ist in ihrer Begründetheit mindestens strittig. Das Domkapitel dürfte aber schon deshalb eine größere Zahl von Kandidaten präsentieren, damit eventuell drei auf der Liste stehen bleiben können.

\* Karlsruhe, 2. Nov. Zu den Wacker-Artikeln über den Erzbischof Orbin und die Regierung erhalten wir noch folgende Zusendungen:

\* Vom Schwarzwald, 1. Nov. Wo man hinkommt, werden die jüngsten Preßleistungen des Herrn Wacker besprochen, und was der gute oder bessere Teil des Bürgertums von ihnen hält, kann sich „der Mann der Autorität“ denken. Das ist starker Tabak, wenn Geistliche so der Toten gedenken, deren Gedächtnis jetzt überall gefeiert wird. Da paßt ein Lindauer'sches „Hui“ darauf. Jeder liberale Mann sagt sich, daß gegen eine Partei, an deren Spitze Wacker steht, mit aller Energie Front zu machen ist.

\* Von der Kinzig, 31. Okt. Der Parteitag hat mit Recht den Kampf gegen den Ultramontanismus ins Auge gefaßt und die Gr. Regierung wird endlich einsehen, daß mit Lieblingen, Entgegenkommen und Nachgiebigkeit bei der Firma Wacker u. Konforten nichts zu erreichen ist, die Staatsautorität aber unter allen Umständen Not leidet. Würde man's nicht, man sollte daran zweifeln, daß ein Priester solche Artikel schreibt, welche der „Bad. Beob.“ — gewiss zum Leidwesen recht vieler Geistlicher — antwortet. Diese Zustände zu beleuchten und zu besprechen, ist ein Verdienst der „Bad. Landesztg.“, für das ihr Dank gebührt. Die nationalliberale Presse stelle sich nur wieder fest auf den alten Standpunkt, gebe der Wacker'schen Richtung scharf zu Leibe, wirke belehrend und auflösend, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. In Sachen der Wiederbesetzung des erzbischoflichen Stuhles dürften die jüngsten Vorkommnisse ein Fingerzeig für die Gr. Regierung sein. Dem Volke ist in seiner großen Mehrzahl die Demagogie Wacker's gründlich verhaßt, und dieser Volksstimmung wird eine energische Wahrung der Staatsinteressen nur vollständig entsprechen.

\* Baden-Baden, 1. Nov. Mit dem gestrigen Tage schloß die diesjährige Saison, in welcher vom 1. Nov. 1895 bis 31. Okt. 1896 die Gesamtbesuchsziffer nach der amtlichen Fremdenliste 61 095 betrug. Davon ausgeschlossen ist die Zahl der in der Fremdenliste nicht namentlich aufgeführten Personen (Dienstboten, Gewerksgehilfen u.), welche sich auf 3790 belief. Vom Verein für Haus- und Strassenbettel wurden 5685 Personen verpflegt.

\* Achern, 30. Okt. Heute Nachmittag 2 Uhr fand die Beerdigung des Kaufmanns August Hund hier statt, welcher am 28. Oktober nach hartem Todeskampfe von dieser Erde abberufen worden war. Das Leidenbegränzt war ein außerordentlich großes; es betrafen sich der Liederkrank, die Feuerweh und der Veteranenverein in corpora, die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, sowie der Vorstand der Handels- und Gewerbelammer; fast die ganze Bürgerschaft hatte Trauer angelegt. Auch von auswärtig waren viele Leidtragende erschienen. Die Beerdigungselbst wurden vollzogen von Stadtpfarrer Krug und Kaplan Holz, welche dem Verbliebenen in seinem schweren Leiden so oft höflich zur Seite gestanden hatten. Der Vorstand der Feuerweh, Stöckle, und Feuerwehmann Jhli legten am Grabe prachtvolle Kränze nieder, wobei sie dem verstorbenen

Kameraden rührende Worte des Dankes und der Anerkennung widmeten. Die Vorträge des Liederkränzes und die Melodien der Feuerweh waren von ergreifender Wirkung. Der hart geprüften Mutter und der schwer getroffenen jungen Witwe des Verbliebenen mit ihren 3 unmündigen Kindern wendet sich allerseits das innigste und herzlichste Mitgefühl zu; möge ihnen und allen Angehörigen die allgemeine Teilnahme ein reicher Trost in ihrem Schmerze sein! Der Heimgegangene erreichte ein Alter von nur 35 Jahren; 5 Monate hindurch hat er — gepflegt und getröstet von der unermüdbaren barmherzigen Schwester Laurentia — die schwere Krankheit standhaft und geduldig ertragen und noch in den letzten Stunden bereits im Angesichte des Todes die männliche Fassung nicht verloren. Er war ein gehorsamer Sohn, ein liebevoller Gatte, ein sorgsamer Vater, ein treuer aufrichtiger Freund, ein lebenswürdiger Gesellschafter, ein warmer Vaterlandsfreund. Möge der liebe Entschlafene ruhen im Frieden!

\* Freiburg, 31. Okt. Ein um unsere Stadt verdienter Mann, Reichsreiherr Karl Stephan Gayling von Altheim, Grundherr, Kaiserl. und Königl. Kämmerer, Kommandeur des bayerischen Löwenordens 1. Klasse, starb heute früh um 1/10 Uhr im hohen Alter von 83 Jahren. Der Verstorbene, der in jungen Jahren in der österreichischen Armee diente, war, lt. „Bsg. Ztg.“, lange Zeit hindurch Stadtrat und bis zu seinem Lebensende Mitglied der Theaterkommission und entfaltet in beiden öffentlichen Stellen eine rege Thätigkeit im Interesse Freiburgs. Auch gehörte er als Grundherr der Kreisversammlung an. Freiherr v. Gayling war vermählt mit der Schwester des ehemaligen badischen Ministers Freiherrn v. Roggenbach. Freiburgs Bürgererschaft wird ihm ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.

### Aus der Residenz.

\* Karlsruhe, 2. Novbr.

\* Das Allgemeinbefinden Sr. H. des Großherzogs ist befriedigend und nach Ansicht des Prof. Kuhn aul ist der Krankheitsverlauf ein normaler. Laut Hoyerbericht hat sich am Freitag Nachmittag bei dem hohen Patienten ein mehrwöchentlich erquickender Schlag eingestellt. Entsprechend der Schwere des operativen Eingriffes ist die Nacht vom Freitag zum Samstag und der folgende Tag befriedigend verlaufen. Temperaturerhöhungen sind seither nicht wieder eingetreten. — Aus Baden-Baden wird uns unterm 1. Nov. geschrieben: Die Genesung Sr. H. des Großherzogs ist nach einer ungestört gebliebenen Nacht so weit vorgeschritten, daß der Puls normal geht, die entzündliche lokale Anschwellung in der Rückenbildung begriffen und das Allgemeinbefinden wohlbedeutend ist. Die Neigung zur Nahrungsaufnahme hat sich vermehrt, seitdem das Fieber nach der Öffnung des Abscesses verschwunden ist. Inzwischen dürfte der Heilungsprozess noch einige Zeit in Anspruch nehmen und während desselben mögliche Schonung geboten sein; insoweit dessen werden die Audienzen, zu denen Sr. H. höchst wöchentlich einmal während seines Ausenthaltes auf Schloss Baden nach Karlsruhe zu kommen pflegt, vorläufig noch zu unterbleiben haben. — Die Abscessöffnung wurde nach einer Mitteilung der „An. Ztg.“ von Geheimrat Czerny unter Mitwirkung seines ersten Assistenten vorgenommen; die schmerzhafteste Operation ist völlig normal verlaufen. Zur Behandlung des hohen Patienten sind weiter zugezogen Professor Fleiner-Hedelberg und der Wadgater Hofrat Obkircher-Baden-Baden.

\* S. H. der Großherzog hat dem Verein zur Gründung und Führung eines Diakonissen- und Krankenhauses in Freiburg auf Grund der vorgelegten Satzungen die Körperschaftsrechte verliehen.

\* S. H. die Großherzogin hat bei dem ihrem Protektorat unterstehenden Groß-Konseratorium für Musik zu Karlsruhe einen Stipendiaten-Fonds gestiftet, um aus dessen Mitteln solchen unvermögenden, im Großherzogtum Baden heimathberechtigten Schülerinnen der Musik, welche sich bei ungewöhnlicher Begabung durch Fleiß und Leistungen auszeichnen, ein gestiftetes Betrag an den Tag legen und die Ausbildung der Musik zum Lebensberuf erwählen wollen, durch Gewährung von Beihilfen ihre Ausbildung zu ermöglichen. Die Bewerberin muß durch mindestens ein jährigen Besuch des Groß-Konseratoriums zu Karlsruhe ihre besondere musikalische Begabung nachgewiesen und durch Fleiß und tadelloses Betragen sich einer Berücksichtigung würdig gemacht haben. Die Gesuche um Bewilligung eines Stipendiums sind im Laufe des Monats Juni jeden Jahres mit der Nachweisung der Bedürftigkeit bei der Direktion des Groß-Konseratoriums einzureichen. Später eingereichte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

\* Oberst von Fallois, der Kommandeur des hiesigen Leibgrenadierregiments, ist in Urlaub gegangen; da gleichzeitig auch der Oberlieutenant des Regiments beurlaubt ist, so wurde die interimistische Führung des Regiments einem Major übertragen.

\* Allerheiligen. Zum Friedhof wählten gestern ungeachtet Schauern, was in stiller Trauer der teuren Dahingegangenen zu gedenken. Die Gräber waren mit Blumen und Kränzen reich geschmückt.

\* Schm. Mitteilungen aus der Stadtratsversammlung vom 30. Okt. Nach Mitteilung der Generaldirektion der Groß. Bad. Staats-eisenbahnen wird sich nach vorgenommener Berechnung die Nettoeinnahme der städt. Bahn Karlsruhe-Maxau im Jahre 1895 auf rund 202 000 M. belaufen. Abschlagszahlungen hierauf wurden bereits 145 000 M. geleistet. Es können also der Stadt weitere 50 000 M. ausbezahlt werden. Der Rheinbahnstasse wird Einnahmedekretur über diesen Betrag erteilt. — Das Hochbauamt wird beauftragt, ein Projekt für Errichtung einer Verkaufsstelle (Freibank) für minderwertiges Fleisch im Schlachthof in Verbindung mit einem Fleischdampfer auszurbeiten. — Der Unterlehrer Ludwig Bopp wird zum Hauptlehrer an der Volksschule ernannt. — Auf Antrag der Gas- und Wasserwerkstammkommission wird beschlossen, weitere Reklameternen auf Kanaldabern der öffentlichen Beleuchtung fernernicht mehr zuzulassen und die Entfernung der bestehenden Reklameternen mit einer jährlichen Zerstörung zu verlangen. Dagegen soll die Anbringung solcher Laternen auf besonderen Kanaldabern bezw. Konsole in inoffizieller Weise gestattet werden, gegen Zahlung eines jährlichen Auerjums für Gas und Bedienung. — Das Gesuch des Uhrmachers Richard Habelaub aus Taucha in Sachen um Aufnahme in den badischen Staatsverband wird dem Groß. Bezirksamt unbeanstandet vorgelegt.

\* Frauenbildungs-Reform. Zu den für Samstag Abend angefügten 2 weiteren Vorträgen hatte sich wiederum eine große Anzahl Zuhörer im großen Hofsaal eingefunden. Im ersten Vortrag sprach Fel. Dr. phil. Wenzel-Baronstadt über das Thema „Was ist moderner Humanismus?“ Nach einem längeren historischen Exkurs über den Humanismus und die Humanisten des Mittelalters brach die Rednerin eine Lanze für den „modernen Humanismus“, d. h. für diejenige Lehrmethode, welche die Schriften der Alten als das wesentlichste Bildungsmittel benützt: für das Gymnasium, ohne welches ihre eine wahre Kultur undenkbar erscheint. Im folgenden Vortrag sprach Baroness Witzmann-Biesbaden über „Erweiterte Frauenbildung und was wir davon erwarten“. Von der erweiterten Frauenbildung, welche auf den Mädchen-gymnasien erworben wird, erwarteten wir — dies ist etwa der Gedankengang der Rednerin — vor allem die Zulassung der Frauen zum ärztlichen Studium, deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit die Rednerin in längeren Ausführungen nachzuweisen sucht. Die erweiterte Frauenbildung komme aber auch der Hausfrau sehr zu statten. In der Familie wird mehr Einigkeit herrschen; die Frau wird den gelehrten Gatten und den studierenden Sohn besser verstehen, wenn sie dieselbe Bildung besitzt. Die Oberflächlichkeit,







